Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe
Landesgruppe Niederösterreich
A-1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel: (01) 31316 - 83780

RESOLUTION

beschlossen von den Bediensteten der Gemeinde _____

bei der am Montag, dem 24. Juni 2013, stattgefundenen Bedienstetenversammlung.

Bis zum Jahr 2012 war es selbstverständlich, dass für die Bediensteten von Bund, Ländern und Gemeinden eine bundesweite Gehaltserhöhung verhandelt wurde. 2012 wurde seitens der Bundesregierung durch das Nichteinbeziehen der GdG-KMSfB klar zu Erkennen gegeben, dass kein Interesse an gemeinsamen Gehaltsverhandlungen für Bundes-, Landes- und Gemeindebedienstete besteht. Dadurch wurde die bis dahin gut funktionierende Sozialpartnerschaft einseitig aufgekündigt.

Bereits in den letzten Jahren haben sich aber auch einzelne Bundesländer bereits vom Prinzip der Homogenität abgewandt und die bundesweit verhandelten Gehaltsabschlüsse nicht übernommen. Zu erwähnen ist, dass das Land NÖ die auf Bundesebene vereinbarten Lohnerhöhungen immer umgesetzt hat.

Offensichtlich ist, dass es für die Jahre 2013 und 2014 zu keinen gemeinsamen Verhandlungen über eine Gehaltserhöhung für die öffentlich Bediensteten kommen wird. Die Mehrzahl der Bundesländern hat bereits für die unterschiedlichen Bereiche Gehaltserhöhungen für das Jahr 2013 für die Landes- und Gemeindebediensteten beschlossen.

Die Dienstgebervertreter der niederösterreichischen Gemeinden (Gemeindevertreterverbände und Städtebund) haben bei einer am 13.6.2013 stattgefundenen Verhandlung die Erhöhung der Bezüge für die Gemeindebediensteten Niederösterreichs abgelehnt.

Im NÖ Gemeindedienst sind überwiegend Kolleginnen und Kollegen beschäftigt, die nach den Entlohnungsgruppen 1 bis 5 - Hilfsarbeit bis zum Fachdienst – entlohnt werden.

Die Inflation betrug 2,8 %. Die Teuerung bei Produkten die zum täglichen Leben benötigt werden – Wohnen, Energie, Nahrung, Bildung – betrug fast 4 %. Sogenannte Billiglebensmittel waren einer noch höheren Preissteigerung unterworfen. Das heißt, dass besonders Menschen mit geringem Einkommen von einem Reallohnverlust, wie er von einer Nulllohnrunde verursacht wird, besonders betroffen sind.

Die GdG-KMSfB bekennt sich zum Homogenitätsprinzip im Zusammenhang mit Gehaltsverhandlungen. Für das Jahr 2013 wurde dieser Grundsatz durch das Nichteinbeziehen der GdG-KMSfB in die Gespräche über eine Lohnerhöhung für 2013 einseitig durchbrochen.

Wir fordern daher die Sozialpartner – Gemeindevertreterverbände und Städtebund Niederösterreichs - auf, nochmals Verhandlungen mit der GdeG-KMSfB NÖ aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass den Bediensteten der Städte und Gemeinden Niederösterreichs im Jahr 2013 zumindest die Teuerung abgegolten wird.